

Entwicklungsarbeit: Geschichte, Kritik und Alternativen

Nina Baghery und Aram Ziai

Entwicklungsarbeit als politisches Ressort ist heute auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene institutionell verankert und wirkt sich mehrdimensional auf politische, gesellschaftliche und ökonomische Beziehungen zwischen den Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens aus. Die Geschichte der Entwicklungspolitik lässt sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen, als die Entwicklungszusammenarbeit als politisches Instrument etabliert wurde, offiziell um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die formal entkolonialisierten Nationen in Afrika, Asien und Lateinamerika konfrontiert waren. Während durch Entwicklungszusammenarbeit eine weltweite Verbesserung der Lebensqualität versprochen wird, hat sich die Entwicklungspolitische Praxis, ange-sichts der weiterhin verheerenden globalen Ungleichheit, gemessen an der Zielsetzung der Überwindung von »Unterentwicklung«, als wenig erfolgreich erwiesen.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die entscheidenden Momente und die politischen Hintergründe paradigmatischer Veränderungen von Entwicklungspolitik. Mit kritischen Post-Development Perspektiven auf die Evolution der Entwicklungspolitik wird erklärt, wie sie strukturelle Ungleichheiten sowohl gesellschaftlich als auch politisch und ökonomisch reproduziert, wie diese Wirkweise der Entwicklungspolitik mit kolonialen Kontinuitäten und imperialen Interessen der Industriestaaten zusammenhängt und dass für die Herstellung von Gerechtigkeit emanzipatorische Alternativen zu Entwicklungspolitik

nötig sind, die auf ganzheitliche sozial-ökologische Transformationen und die Etablierung solidarischer Lebensweisen abzielen.

1. Anfänge der politischen Institutionalisierung von »Entwicklung«

»More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas.«¹

Mit diesen Worten kündigte US-Präsident Harry Truman am 20. Januar 1949 die Institutionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit als staatspolitisches Ressort an. Er appellierte an westliche Industriestaaten, ihr Wissen und ihre technischen Möglichkeiten einzusetzen »to relieve the suffering of these people«². Er distanzierte sich vom »old imperialism« der anderen Kolonalmächte und versprach ein »program of development based on the concepts of democratic fair-dealing«, das die Armut bekämpfen und gleichzeitig der eigenen Industrie nutzen würde. Denn Armut im Süden sei »a handicap and a threat«, auch für den Norden.³ So wird eine win-win-Situation postuliert und vor dem Hintergrund von Kaltem Krieg und beginnender Dekolonialisierung das Versprechen auf »Entwicklung« gegeben, um Länder des Globalen Südens vom Überlaufen ins kommunistische Lager abzuhalten.

In den darauffolgenden Dekaden wurden jene internationalen Entwicklungsorganisationen gegründet, die bis heute federführend die Ausrichtung der Entwicklungspolitik konzipieren und koordinieren. Als erste folgten die Vereinten Nationen der US-Entwicklungsinitiative und richteten das *Extended Programme of Technical Assistance*⁴ ein, um

1 Truman, Inaugural Address.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ein Vorläufer des heutigen Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP).

die Mittel internationaler Geber technischer Hilfen zu bündeln und sie weltweit zu verteilen. Die Vereinten Nationen gründeten im Laufe der Jahre diverse weitere multilaterale Entwicklungsorganisationen⁵, die zur internationalen Institutionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit beitrugen. Auch die 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods⁶ gegründete Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD – später bekannt als Weltbank) hat sich der Mission der »Entwicklung« angenommen⁷ und kann als die einflussreichste Organisation der internationalen Entwicklungspolitik gelten. In der Bundesrepublik Deutschland wurde Entwicklungspolitik 1961 mit der Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als staatspolitisches Ressort institutionalisiert.⁸

2. Wechselnde Ansätze der Entwicklungspolitik

Seit ihren Anfängen wurde die internationale Entwicklungspolitik mit immer wiederkehrenden Legitimationskrisen konfrontiert, was eine stetige Anpassung und Veränderung ihrer Ansätze zur Folge hatte.⁹ Der Status Quo der Entwicklungspolitik basiert stets auf den jeweils dominierenden Entwicklungstheorien, wobei bei kritischen Theorien oftmals eine strategische Selektivität¹⁰ zum Tragen kommt. Beide werden allerdings von einem gemeinsamen Paradigma (Annahmen, die definieren,

5 »Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO, die Weltgesundheitsorganisation WHO, das Kinderhilfswerk UNICEF, das Entwicklungsprogramm UNDP und die Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur UNESCO« – Eckert, Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, 5–6.

6 An der Bretton Woods Konferenz nahmen Delegierte aus 44 Ländern teil, die zu den siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkriegs gehörten.

7 Escobar, Encountering Development, 34.

8 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Geschichte des BMZ.

9 Ziai, Globale Strukturpolitik, 95.

10 Jessop, Strategic Selectivity.

wie Wissenschaft in diesem Bereich aussieht¹¹) bzw. einem geteilten Diskurs (Regeln, nach denen Gegenstände durch Sprache konstruiert werden¹²) geprägt.¹³ Für die Analyse der Hintergründe des Wandels der Entwicklungspolitik, ist es also notwendig, beide Ebenen (Politik und Theorie) gleichermaßen in den Blick zu nehmen.

Die Periode ab den 1950er Jahren gilt als die klassische Ära der Entwicklungstheorie und -politik. Zentral war die Auffassung, dass Wirtschaftswachstum, der technologische Fortschritt und der Industrialisierungsstand eines Staates die ausschlaggebenden Komponenten für einen erfolgreichen Entwicklungsprozess repräsentieren. Dieser Ansatz beruht sich auf soziologische, sozialpsychologische und politologische Modernisierungstheorien sowie auf entwicklungsökonomische Wachstumstheorien.¹⁴ Demnach ist »Entwicklung« ein lineares Stufenmodell, in dem die »Unterentwicklung« die erste Stufe, und der kulturelle, ökonomische sowie technologische Stand der industrialisierten Länder die höchste Stufe darstellt. Die Entwicklungsprojekte in dieser Zeit konzentrierten sich auf Transfer von Technologie, Kapital und Fachwissen aus dem Norden in den Süden. Das Ziel war es, den Entwicklungsländern zu einer nachholenden »Entwicklung« und dem Erreichen eines ökonomischen Wohlstandes ähnlich dem in den Industrieländern zu verhelfen. Im Zentrum stand dabei die Idee des »trickle-down-Effektes«, der dafür sorgen würde, dass makroökonomische Wachstumsprozesse und Einkommensgewinne der oberen Schichten mittelfristig positive Wohlstandseffekte für die breite Masse der Bevölkerung bringen und so der Wohlstand schließlich auch nach unten durchsickern würde.¹⁵

Die erste Legitimationskrise erlitt die Entwicklungspolitik in den 1960er Jahren. Als Folge ausbleibender Erfolge, der einseitigen Fokussierung makroökonomischer Wachstumsstrategien sowie der Vernachlässigung von Menschenrechten in der Entwicklungsmessung

11 Kuhn, Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.

12 Foucault, Archäologie des Wissens.

13 Ziai, Entwicklung als Ideologie.

14 Ebd., 108.

15 Ebd., 109.

und Evaluierung von Entwicklungsprojekten¹⁶, wurde das Modernisierungsparadigma durch die sogenannten Dependenztheorien in Frage gestellt. Dependenztheoretische Annahmen vertraten die Auffassung, dass die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden nicht einfach das Ergebnis eines mangelnden Fortschritts des Südens seien und schlicht nachgeholt werden können, sondern vielmehr das eines globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Strukturen die Ökonomien und Gesellschaften im Süden von denen im Norden abhängig mache.¹⁷ Demnach sei die Ungleichheit zwischen Nord und Süd ein Ergebnis asymmetrischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Problemursache für die globale Ungleichheit seien die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskraft von Menschen der Peripherie durch das Zentrum.

Auch wenn dependenztheoretische Verweise in internationalen politischen Debatten durchdrangen,¹⁸ wurden Forderungen nach der strukturellen Ursachenbekämpfung von Armut und Ungleichheit nur marginal in die Agenda internationaler Entwicklungsorganisationen eingebettet. Der entwicklungspolitische Ansatz in den 1960er Jahren war weiterhin hauptsächlich ökonomisch-modernisierungstheoretisch geprägt und hielt an der Idee Wohlstandssteigerung durch Wirtschaftswachstum fest.

Angefochten wurde die Annahme, dass sich allein durch Wachstumsförderung breite soziale Konflikte lösen lassen, 1969 vom Wirtschaftswissenschaftler Lester Pearson, der in einem Bericht nachwies, »dass Wachstum trotz reichlicher Kapitalzuschüsse häufig schlachtweg ausgeblieben und Kapital wirkungslos versickert sei. Wo es überhaupt zu wirtschaftlichem Wachstum gekommen war, sei dieses nicht selten regional uneinheitlich verteilt. In manchen Regionen sei die Armut

16 Wagner, Menschenrechte, 155; Maul, Von ›technischer Hilfe‹ zu ›basic needs‹, 54.

17 Vgl. Frank, Kapitalismus und Unterentwicklung; Cardoso/Faletto, Abhängigkeit und Entwicklung.

18 Maul, Von ›technischer Hilfe‹ zu ›basic needs‹, 54.

sogar angestiegen.¹⁹ Der Fehlschlag der Entwicklungspolitik äußerte sich zudem eindringlich in dem schwerwiegenden Krisenzustand, in dem sich v.a. lateinamerikanische Länder in den 1970er Jahren befanden und kurz vor dem Staatsbankrott standen. Als Antwort auf die Krise stieg in den 1970er Jahren der Neoliberalismus zum dominierenden Erklärungsansatz in der Weltbank auf, und wurde in den 1980er und 1990er Jahren zunehmend hegemonial in der Entwicklungspolitik. IWF und Weltbank entwarfen sogenannte Strukturanpassungsprogramme, wobei sie den verschuldeten Staaten zur Krisenbewältigung Kredite vergaben, die aber im Gegenzug neoliberale Wirtschafts- und Finanzreformen verlangten. Diese, auch *Washington Consensus* genannt, hoben die Rolle des Marktes als Motor der Entwicklungsförderung hervor.

In den internationalen Entwicklungsinstitutionen etablierte sich die Auffassung, dass der beste Weg der Entwicklungsförderung darin bestehe, durch Liberalisierung, Privatisierung und den Abbau staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft ein günstiges Umfeld für private Investitionen und einen möglichst ungehinderten internationalen Handel zu schaffen. Die neoliberalen Entwicklungsstrategien richteten sich somit gegen klassische entwicklungspolitische Maßnahmen, die sich in der Nachkriegsära durchgesetzt hatten, wie »staatliche Planung, staatliche Intervention und Regulierung und eine binnenmarktorientierte Industrialisierung«²⁰, und forderten einen Rückzug entsprechender Schutzmaßnahmen von Märkten in »Entwicklungsländern«. Der modernisierungstheoretische Ansatz des »trickle-down« feierte ein Comeback und die auch von den Dependenztheorien als notwendig erachteten Prämissen von Wirtschaftswachstum und fortschreitender Industrialisierung blieben weiterhin unhinterfragt. Entwicklungsinstitutionen vertraten die Auffassung: »Die Öffnung der Märkte im Zuge der ›Globalisierung‹ führe in den Ländern des Globalen Südens zu starken Wachstumsprozessen, durch die Millionen Menschen aus der

19 Büschel, Geschichte der Entwicklungspolitik, 5.

20 Fischer, Entwicklung im Neoliberalismus, 2.

Armut gehoben werden und sich die Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländer«²¹ verringern würde.

Die neoliberalen Entwicklungszusammenarbeiten kurbelten zwar einen Globalisierungsprozess an, doch anstatt wie versprochen zur Problembekämpfung von Ungleichheit und Armut beizutragen, verschärften die neoliberalen Globalisierungen »spezifische (entwicklungspolitische) Problemzusammenhänge, wie etwa die Umweltproblematik«²². Die fortschreitende Industrialisierung hatte nicht nur einen deutlichen Anstieg der Emission von Gasen und dem Treibhauseffekt bewirkt und somit den Klimawandel vorangetrieben, dieser Zustand trug außerdem auch zur Verschärfung von Ungleichheiten zwischen Nord und Süd bei. Während die Produktionsweise der Industrieländer vorwiegend für die Verursachung des Klimawandels verantwortlich war, fielen die sozialen und ökologischen Kosten der Industrialisierung viel mehr zu Lasten von peripheren Staaten des Globalen Südens.²³

Die 1972 auf der UN-Konferenz zu Entwicklung in Stockholm thematisierte ökologische Kritik an der Entwicklungspolitik setzte eine weitreichende Transformation des Entwicklungsdiskurses in Gang. Es wurde problematisiert, dass durch die Umweltverschmutzung, -vergiftung und -zerstörung sowie durch die Übernutzung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen in absehbarer Zeit die »Grenzen des Wachstums« bzw. der ökologischen Belastbarkeit des Planeten erreicht seien würden. Diese Kritik stand auch im Mittelpunkt der 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Environment and Development), woraufhin sich die Mitgliedsstaaten zur Etablierung eines *nachhaltigen* Entwicklungsansatzes verpflichteten.²⁴

Die Einbettung des Nachhaltigkeitsparadigmas in die Entwicklungspolitik verschrankte die Diskurse über Umwelt und Entwicklung, woraufhin internationale Entwicklungsorganisationen zunehmend

²¹ Anlauf/Schmalz, Globalisierung und Ungleichheit, 189.

²² Ruppert, Nicht visionär, 40.

²³ Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise.

²⁴ Hauff, Nachhaltige Entwicklungspolitik, 19.

anerkannten, dass ein integrativerer Entwicklungsansatz erforderlich ist, der die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen des Globalen Südens gleichermaßen bearbeitet. Aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs trat 2016 das bis heute die Entwicklungspolitik dominierende Programm Agenda 2030 der Sustainable Development Goals hervor. Infolge dieser diskursiven und paradigmatischen Veränderungen, wuchs auch die Einsicht, dass Entwicklung »nicht nur ein Problem des Südens, sondern eine globale Herausforderung«²⁵ sei und somit die politische Bearbeitung der sich durch die neoliberalen Globalisierung zuspitzenden Probleme »eine Erweiterung der Formen der internationalen Kooperation erfordern«²⁶.

Vor dem Hintergrund der sich potenziierenden Fehlschläge der neoliberalen Entwicklungspolitik rückt seit den 1990er Jahren der Diskurs des *Global Governance* in wissenschaftlichen Debatten und der daran angelehnte politischen Ansatz der *Globalen Strukturpolitik* in internationalem Entwicklungsorganisationen vor.²⁷ Die globale Strukturpolitik hat zum Ziel, die Handlungslogik des entwicklungspolitischen Ressorts von Staaten zu verallgemeinern und auf die Gesamtheit der staatlichen Außenpolitik (Diplomatie, Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik) auszudehnen. Das Feld der Entwicklungszusammenarbeit sollte künftig dazu genutzt werden, Transformationen strukturell sowie global zu erwirken, anstatt nur Symptome von »Unterentwicklung« vereinzelt zu bekämpfen.

3. Kritik an Entwicklungspolitik

Trotz etlichen Anpassungen ihrer Ausrichtungen, konnte die Entwicklungspolitik nach nun 74 Jahren ihr Versprechen der Herstellung globaler Gerechtigkeit nicht einlösen. Viel schlimmer noch: Der *Bericht*

²⁵ Messner, Globalisierung gestalten, 33.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. Ziai, Globale Strukturpolitik.

*zur Weltweiten Ungleichheit 2022*²⁸ stellt fest, dass die »globalen Ungleichheiten [...] heute ungefähr so groß zu sein [scheinen] wie auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts«²⁹ und, dass Ungleichheit immer eine politische Entscheidung sei.³⁰ Noch erschreckender zeigt eine Studie von Oxfam³¹ die auseinanderklaffende Kluft zwischen ungleicher Vermögensverteilung, nach welcher 2022 extreme Armut genauso zugenommen habe wie extremer Reichtum. Schuld daran sei unser »Wirtschaftssystem, dessen handlungsleitendes Prinzip es ist, Profite für Konzerne und ihre Eigentümer*innen vor die konsequente Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Erde zu stellen«³².

Vor diesem Hintergrund fungieren die SDGs und die Agenda 2030, genau wie Trumans Rede von 1949, als ein Beruhigungsmitel, ein Versprechen, dass mit Geduld und gutem Willen alles besser werde, ohne dass der Rahmen des globalen Industriekapitalismus in Frage gestellt werden müsse – so zumindest die Perspektive der entwicklungskritischen Post-Development Studien. Zentral für Post-Development Wissenschaftler*innen³³ ist eine postkoloniale Kritik an Entwicklungspolitik, der ihr zugrunde liegenden Epistemologie sowie die Vermittlung eurozentristischer Vorstellungen von Fortschritt und Wohlstand. Dabei stimmen sie insgesamt überein, dass Entwicklungspolitik an der eigentlichen Ursachenbekämpfung von Weltproblemen gescheitert ist, sozioökonomische Ungleichheiten und politische Herrschaftsverhältnisse zwischen Nord und Süd strukturell gefestigt hat

28 Chancel/Piketty/Saez/Zucman et al., Bericht zur weltweiten Ungleichheit.

29 Ebd., 6.

30 Ebd., 14.

31 Schmitt/Hauschild, Umsteuern für soziale Gerechtigkeit.

32 Ebd., 2.

33 Sachs, Wie im Westen so auf Erden; Escobar, Encountering Development; Rahnema/Bawtree, Post-Development Reader; Esteva, Fiesta! Jenseits von Entwicklung; Kerner, Feminismus; Kothari, From colonial administration to development studies; Eriksson BaaZ, Paternalism of Partnership; Ndlovu-Gatsheni, Coloniality of Power; Ziai, Einleitung; Bendix, Global Development.

und eine koloniale Abhängigkeit des Globalen Südens vom Globalen Norden aufrechterhält.

3.1 Fortführung kolonialer Herrschaft durch Entwicklungspolitik

Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sind, de- und postkolonialen Wissenschaftler*innen³⁴ zufolge, der Fortführung kolonialer Strukturen in der internationalen Zusammenarbeit geschuldet. Entgegen der in der Entwicklungspolitik dominierenden Annahme, Armut habe nichts mit Kolonialismus, Ausbeutung oder asymmetrischen Machtverhältnissen zu tun,³⁵ zeigen Post-Development Studien, dass sowohl die materiellen Ursachen für die Probleme, die durch Entwicklungspolitik bekämpft werden sollen, als auch der politisch hegemoniale Ansatz der Problembehandlung, ein koloniales Erbe in sich tragen.

Mithilfe diskursanalytischer Instrumente nach Foucault³⁶ lässt sich die enge Verwandtschaft zwischen dem Entwicklungs- und dem Kolonialdiskurs aufschlüsseln und aufzeigen, dass Entwicklungsdiskurs, Entwicklungspolitik und die praktische Entwicklungszusammenarbeit epistemisch über eine koloniale Achse miteinander verbunden sind.³⁷ Zurückzuführen ist die Kolonialität der Entwicklungspolitik auf die Übertragung der Formation des Kolonialdiskurses in den Entwicklungsdiskurs: Die Grundstruktur des Kolonialdiskurses fußt auf einer dichotomen Teilung der Welt in »zivilisierte« »Völker« oder »Nationen« und »unzivilisierte« »Stämme« oder »Menschenmassen«, wobei letztere nicht zu einer Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten in der Lage sind und erstere ihnen dabei zu Hilfe kommen müssen, da sie von Gott oder der Natur zur Herrschaft vorbestimmt, fähig oder gar dazu verpflichtet sind. Dadurch wird eine hierarchische Beziehung zwischen Menschengruppen vermittelt. Die Rassen- und Geschlechterzugehörigkeit markiert den impliziten Punkt, um den ihre Differenzen gruppiert

34 Schöneberg/Ziai, Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit, 10ff.

35 Fischer, Entwicklung im Neoliberalismus, 3.

36 Foucault, Archäologie des Wissens.

37 Escobar, Encountering Development, 9; Ziai, Development Discourse.

sind. Aus der kolonialen Weltsicht folgend steht der »weiße Mann« auf der höchsten Hierarchiestufe und verkörpert den Maßstab für Macht, Herrschaft und Regierungsfähigkeit.

Mit dem Aufkommen nationalistischer Befreiungsbewegungen im frühen 20. Jahrhundert, den Aufständen gegen die koloniale Besetzung und dem Zerfall der formellen Kolonialherrschaft des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg erwies sich »Entwicklung als ein Konzept, welches die koloniale Herrschaft [...] wieder kräftigen und neu legitimieren sollte«³⁸ bzw. genauer: sie »helped a dying and obsolete colonialism to transform itself into an aggressive – even sometimes an attractive – instrument able to recapture new ground«³⁹. Die die koloniale Hierarchie nur umformulierende Idee von ›Entwicklung‹ markiert einen konstitutiven Teil der strukturellen Verbindung zwischen einem patriarchal-rassistischen Beherrschungs- und einem Ausbeutungssystem, das über Entwicklungspolitik vermittelt wird. Die hegemoniale Durchsetzung der Entwicklungsidee resultiert dabei nicht nur aus neokolonialen Herrschaftsbeziehungen, sondern auch aus der positiven Resonanz des Konzepts und aus seiner Aneignung im Globalen Süden.

Die koloniale Kontinuität der Entwicklungspolitik bildet sich primär durch eine eurozentristische Wirklichkeitskonstruktion ab, welche die Welt weiterhin dichotom aufteilt. Dies zeigt sich in Trumans Rede, welche das Einläuten der Entwicklungspolitik markiert, in aller Deutlichkeit. Truman konstruiert ein Bild, das bis heute den eurozentristischen Diskurs Entwicklungspolitischer Institutionen prägt: das von »rückständigen«, »unterentwickelten« Gesellschaften mit »primitiven Ökonomien«, die auf die Hilfe »fortgeschritten«, »entwickelter« Staaten angewiesen sind. »Entwicklung« repräsentiert »einen Gedanken- und Handlungsbereich, begründet auf einer Episteme, die seine Diskurse und Repräsentationen regelt, sowie einem System, das seine Eingriffe kodifiziert«⁴⁰.

38 Eckert, Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, 4.

39 Rahnema/Bawtree, The Post-Development Reader, 379.

40 Quintero, Entwicklung und Kolonialität, 102.

Das im Entwicklungsdiskurs eingeschriebene koloniale Macht-Wissensgefüge vermittelt schließlich auch auf politischer und ökonomischer Ebene neokoloniale Machtbeziehungen und legitimiert die Fortführung der Vorherrschaft westlicher Industriestaaten in der Nachkriegsära. Vor allem die ökonomische »Rückständigkeit« wird als Begründung einer »notwendigen und nützlichen, eventuell sogar unvermeidlichen gesellschaftlichen Transformation«⁴¹ herangezogen, die lediglich über die Umsetzung der Postulate von Fortschritt und Wachstum nach europäisch-nordamerikanischer Vorstellung erreicht werden könnte.

Die Arbeiten von Frauke Banse, Gabriela Monteiro, Ruth Steuerwald, Anne Katharina Wittman und Albert Denk in *Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen*⁴² decken auf, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch heute noch von kolonialen Kontinuitäten durchsetzt ist und ihre Ausrichtung asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd reproduziert. Denk⁴³ etwa arbeitet dies mit Blick auf die Agenda 2030 und die Sustainable Development Goals heraus: Die Forderungen der Agenda beruhen auf einer »eurozentrischen Prägung«⁴⁴ und halten weiter an der neoklassischen und modernisierungstheoretischen Auffassung fest, Wohlstand ließe sich durch Wirtschaftswachstum erreichen. Gleichzeitig wird weiterhin verschleiert, dass die Problemursache von miserablen Lebensumständen auf koloniale Ausbeutung zurückzuführen ist.⁴⁵ Insgesamt erklärt der hegemone Entwicklungsdiskurs Ungleichheit weder mit historischem Bezug auf die koloniale Ausbeutung, noch versteht er sie als Resultat gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Dadurch werden in der institutionalisierten Entwicklungszusammenarbeit gesellschaftliche und ökonomi-

41 Ziai, Zwischen Global Governance und Post-Development, 51.

42 Schöneberg/Ziai, Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit.

43 Denk, Dekolonialität.

44 Ebd., 62.

45 Ebd., 63.

sche Krisen entpolitisert und als technisches Problem einzelner Länder konstruiert.⁴⁶

3.2 Entwicklungspolitik als geopolitisches Instrument des kapitalistischen Westens

»Der Kolonialismus und der Imperialismus sind mit uns nicht quitt, wenn sie ihre Fahnen und ihre Polizeikräfte von unseren Territorien zurückgezogen haben«⁴⁷, warnte Frantz Fanon 1961 die ehemals kolonisierten Länder vor einer erneuten Beherrschungspolitik durch imperiale Mächte, welche, seiner Einschätzung nach, aus der Umgestaltung internationaler Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg resultieren würde.⁴⁸ Er deutete die Umstrukturierung politischer und ökonomischer Beziehungen zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Ländern und somit die Entwicklungspolitische Agenda als Fortführung imperialer und neokolonialer Herrschaftsausübung.

Fanon blickt auf den Imperialismus als weiterhin wirkmächtiges strukturformendes Element wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd. Seine Analyse basiert auf einer marxistischen Kapitalismuskritik, die den Imperialismus als Folge der Expansion der globalen Ausdehnung der kapitalistischen (Re-)Produktionsweise betrachtet.⁴⁹ Die historische Herausbildung von Kolonialismus und von Kapitalismus kann dabei nicht voneinander getrennt verstanden werden.

Wie für Fanon ist deshalb auch für weitere Entwicklungskritische Wissenschaftler*innen⁵⁰ eine Analyse historisch materialistischer Zusammenhänge der Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems und der kolonialen Herrschaft unerlässlich. Im Rahmen dessen erklärt

46 Ferguson, *Anti-Politics Machine*.

47 Fanon, *Verdammten dieser Erde*, 82.

48 Ebd., 82f.

49 Harman, *Imperialismus*.

50 Castro Varela/Dhawan, *Postkoloniale Theorie*, 29–43; Quintero/Garbe, *Kolonialität der Macht*, 10f.

Quintero⁵¹, wie koloniale Herrschaftsstrukturen ausschlaggebend für die Durchsetzung des Kapitalismus als globales Wirtschaftssystem waren. Mit der Ausdehnung der europäisch-kapitalistischen (Re-)Produktionsweise in Lateinamerika wurde ein Prozess der »ursprünglichen Akkumulation«⁵² angestoßen, wobei die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft (Sklaverei) zu einer immensen Anhäufung von Reichtum in den kolonialen Zentren geführt hat. So haben sich kapitalistische Zentren (vorwiegend im Globalen Norden) und peripherie Staaten (vorwiegend im Globalen Süden) herausgebildet, welche in einem asymmetrischen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis⁵³ zueinanderstehen, das auf einem »System des Ressourcenextraktivismus«⁵⁴ basiert. Der Kolonialismus, so Quintero, wirkte »als politisches System zur Absicherung der globalen Asymmetrie sowie als konfliktlimitierende Kraft zwischen den Imperien«⁵⁵ und die koloniale Herrschaft zur »Absicherung der Kapitalakkumulation«⁵⁶.

Da der ökonomische Wohlstand der Industriestaaten fortwährend von der Unterdrückung und Ausbeutung peripherer Staaten des Globalen Südens abhängt, musste die koloniale Struktur des Welthandels seit dem Zerfall der Kolonialherrschaft mittels Entwicklungspolitik aufrechterhalten werden. Bereits Truman präsentierte die Absicherung des kapitalistischen Weltsystems und die Durchsetzung kapitalistischer Interessen westlicher Industriestaaten als überzeugende Argumente für die internationale Etablierung der Entwicklungszusammenarbeit. Im *Point-IV-Programm* seiner Regierung zur Rahmensetzung der Entwicklungspolitik, wurden zwei geopolitische Ziele mit imperial-kapitalistischem Charakter adressiert: 1. »Creating markets for the United States by reducing poverty and increasing production in developing

51 Quintero, Entwicklung und Kolonialität.

52 Für eine Definition von »ursprünglicher Akkumulation«, siehe Marx, Kapital, 741; Hauck, Marxistische Entwicklungstheorie.

53 Wallerstein, Modern world-system.

54 Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise, 74.

55 Quintero, Entwicklung und Kolonialität, 372.

56 Ebd.

countries«⁵⁷ und 2. »Diminishing the threat of communism by helping countries prosper under capitalism«⁵⁸.

Der daraus ergehende Entwicklungsdiskurs verknüpfte außenwirtschaftliche und geopolitische Eigeninteressen mit altruistischen Motiven und Praktiken.⁵⁹ Entwicklungspolitik sollte zur außenwirtschaftspolitischen Durchsetzung eigener Interessen beitragen und gleichzeitig als geopolitisches Instrument des kapitalistischen Westens im Kalten Krieg zur Abwehr gegen den sowjetischen Sozialismus dienen. Den politisch instabilen und von sozialen Missständen durchsetzten ehemaligen Kolonialländern wurde mit der Hinwendung zum kapitalistischen Entwicklungsmodell, sozioökonomischer Wohlstand versprochen. Dies sollte sie davon abhalten, in das feindliche sozialistische Lager überzulaufen.

Die auf Wachstumsförderung und den Ausbau des internationalen Handels setzende Entwicklungspolitik stieß eine weitere globale Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise an und führte zur Herausbildung einer »imperial globality«⁶⁰. Eckert⁶¹ sieht in Entwicklungspolitik eine »imperiale Rechtfertigung« der globalen Durchsetzung europäischer und nordamerikanischer Interessen und ein Instrument der Regulierung des »Nachkriegsimperialismus«⁶² des Westens. Entwicklungspolitik ermöglichte den imperialen Mächten, sich mit ihrem Machtverlust in der Nachkriegsära zu versöhnen, indem sie weiterhin eine politische und ökonomische Verbindung zu ihren ehemaligen Kolonien aufrechterhielten.⁶³ Sie wurde zu einem Instrument der Vermittlung und Absicherung imperialer Herrschaft, mit welcher ehemalige Kolonien, trotz formeller Unabhängigkeit, weiterhin den

57 USAID, USAID History.

58 Ebd.

59 Ziai, Globale Strukturpolitik, 44.

60 Escobar, Encountering Development, 207.

61 Eckert, Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, 5.

62 Ebd.

63 Cooper/Packard, Introduction, 7.

imperialen Weltmächten unterworfen wurden. Zusammengefasst verbirgt sich hinter altruistischen Motiven der Entwicklungspolitik auch das Potential der außenwirtschaftspolitischen und geostrategischen Vermittlung von imperial-kapitalistischen Interessen, deutlich beispielsweise in der Lieferbindung zugunsten einheimischer Industrien oder der Unterstützung antikommunistischer Diktaturen.

Das Programm der Demokratieförderung, welches ein konstanter Bestandteil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist, drückt für Kerner⁶⁴ in besonderer Form aus, wie Entwicklungspolitik als Instrument imperialer Herrschaftsausübung westlicher Staaten fungiert. Dabei werde Demokratie »als westliche Erfindung vorgestellt und die liberale Demokratie als Erfolgsmodell«⁶⁵. Die liberale Demokratie der Neuzeit weise von Anbeginn eine imperiale Prägung auf. Die im Rahmen der Demokratisierung etablierten globalen Rechtsnormen und Institutionssysteme stützen die politische Macht westlicher Industriestaaten und die Durchsetzung ihrer Handelsinteressen. Nach dem formalen Ende der Kolonialherrschaft bildete sich mithilfe der Demokratisierung der Welt nach westlichem Vorbild also ein »informeller Imperialismus«⁶⁶ mit US-amerikanischer Vorherrschaft heraus. Insbesondere der neoliberalen Freihandel, welcher seit den 1980er Jahren als erfolgsversprechende Entwicklungsstrategie in der Bearbeitung von Weltproblemen betont wird, wirkt als Instrument der imperialen Politik der Industriemächte. In entwicklungskritischen Post-Development-Ansätzen wird in diesem Zusammenhang auch von »Freihandelsimperialismus«⁶⁷ gesprochen.

3.3 Die Mär vom unendlichen Wachstum und Wohlstand für alle

Die geopolitische Lenkung imperialer und neokolonialer Herrschaftsbeziehungen durch Entwicklungspolitik manifestiert sich in der Ent-

64 Kerner, Zur Kolonialität der liberalen Demokratie.

65 Ebd., 183.

66 Tully, Politische Philosophie als kritische Praxis, 153.

67 Ziai, Einleitung, 13.

wicklungszusammenarbeit u.a. in Form der Entwicklungsstrategie, der Wirtschaftswachstumsförderung. Dieses zielt auf die Absicherung und die globale Verbreitung der kapitalistischen Produktionsweise und somit auch, vor dem Hintergrund des oben Dargelegten, der ökonomischen und politischen Vorherrschaft der westlichen Industriemächte ab.⁶⁸ Der Ansatz der Betrachtung von Wirtschaftswachstum als Schlüsselindikator für Wohlstand und progressive gesellschaftliche Transformationen bleibt, trotz Veränderung in der Entwicklungspolitischen Ausrichtung, weiterhin eine Konstante in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Selbst in der Resolution der Agenda 2030 Sustainable Development Goals ist die Strategie des Wirtschaftswachstums als achtes Entwicklungsziel verankert.

Verschleiert wird dabei, dass die Kehrseite des industriellen Durchbruchs des Globalen Nordens und des dadurch erlangten Wohlstandes die für die meisten Menschen »nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den Zentren [...] katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen«⁶⁹ waren. Zudem verschleiert die diskursive Rechtfertigung von Wirtschaftswachstum politökonomische Eigeninteressen der Industrieländer. Der durch die neoliberale Entwicklungspolitik seit den 1970er Jahren erneut angekurbelte Freihandel etwa, dessen wohlstandssteigernder Effekt auch von der Weltbank weiterhin propagiert wird, verschaffte »den Großmächten [...] Zugang zu den Ressourcen, der Arbeitskraft und den Märkten des untergeordneten Landes«⁷⁰, womit er eine koloniale Struktur des kapitalistischen Weltsystems aufrechterhält.

Der daraus resultierende Werttransfer aus den Globalen Peripherien in die Globalen Zentren, legte zwar die Grundlage für steigende Löhne und eine Anhebung des Wohlstandes für Teile der Arbeitnehmerschaft in den Zentren⁷¹, verursachte aber zugleich einen »deutlichen Anstieg

68 Nicht zu verkennen ist allerdings, dass die Wirtschaftswachstumsförderung auch eine politökonomische Strategie sozialistischer Staaten darstellt.

69 Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise, 103.

70 Tully, Politische Philosophie als kritische Praxis, 156.

71 Anlauf/Schmalz, Globalisierung und Ungleichheit, 191f.

von Armut, Hunger und Kindersterblichkeit⁷² in peripheren Ländern. Die durch Entwicklungspolitik geförderte kapitalistische Wirtschaftsweise, trägt folglich zur asymmetrischen Kapitalakkumulation und zu einer ungleichzeitigen Wachstumsdynamik zugunsten der Makroökonomie der Länder des Globalen Nordens bei, wodurch strukturelle Ungleichheiten gefestigt werden.

Im Schatten des Wachstumsparadigmas der Entwicklungspolitik wird ausbeuterischer Ressourcenextraktivismus und die Überschreitung menschlicher Arbeitskraft in den Ländern des Globalen Südens legitimiert.⁷³ Die neoliberalen Deregulierungen und die zunehmende Globalisierung des Handels begünstigt Menschenrechtsverletzungen im Globalen Süden, die im Zusammenhang mit unternehmerischen Aktivitäten von transnational agierenden Konzernen aus Industriestaaten stehen: Zum Beispiel führte der mit den Strukturangepassungsprogrammen forcierte Zollabbau zur Aufspaltung industrieller Produktionsprozesse und so zur »Auslagerung von Produktionsschritten in Regionen mit niedrigerem Lohnniveau⁷⁴. Industrieunternehmen setzen Produktionsstandorte in ausgewählten Regionen im Globalen Süden nieder, »um Kosten zu senken und die globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen⁷⁵.

Diese unternehmerische Strategie überschattet oftmals die Unterjochung von menschenrechtlichen Standards. Denn neben niedrigen Lohnniveaus bieten insgesamt unzureichende arbeitsrechtliche Regelungen eine ökonomische Chance für Industrieunternehmen, um höhere Profitraten zu erzielen. Auch deutschen Industrieunternehmen werden wiederholt Menschenrechtsverletzungen in Produktionsstandorten außerhalb Deutschlands nachgesagt. Eine von Oxfam⁷⁶ veröffentlichte Liste zeigt, dass sich etliche deutsche Unternehmen entlang ihrer Lieferkette weltweit an Menschenrechtsverletzungen mitzuver-

72 Ebd., 196.

73 Fischer, Dependenz, 33–51.

74 Anlauf/Schmalz, Globalisierung und Ungleichheit, 192.

75 Ebd.

76 OXFAM, Menschenrechtsverletzungen für Profite.

antworten haben.⁷⁷ Konkret haben diese in Form von z.B. Landnahmen, Zwangsumsiedlungen, Arbeitsrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Löhne unterhalb des Existenzminimums, Gefährdung der Gesundheit, Verletzung des Rechts auf Wasser, Vergewaltigung und Misshandlung stattgefunden.

Die in dieser Liste erwähnten betroffenen Länder zählen allesamt zu den Entwicklungs- und Schwellenländern, denen die Entwicklungspolitik durch die neoliberalen Handelspolitik eigentlich eine Verbesserung der Lebensumstände ihrer Bevölkerungen verspricht. Besonders skandalös ist außerdem der jüngste Vorwurf gegenüber des deutschen Automobilherstellers Volkswagen, Arbeiter*innen in ihren Produktionsstätten in Brasilien »systematisch versklavt«⁷⁸ zu haben. Dass die neoliberalen Handelslogik und -struktur die Missachtung von Menschenrechten legitimiert, oder zumindest befeuert, ist in Entwicklungspolitischen Institutionen, wenn überhaupt, ein Randthema. Neben sozialen sind auch ökologische Krisen, wie Luft- und Wasserverschmutzungen, unmittelbare Effekte der wachstumsorientierten Entwicklungspolitik, von denen Menschen des Globalen Südens besonders betroffen sind. Zerstörung von Lebensräumen und Flucht sind oft daraus resultierende Konsequenzen.

Die imperiale und neokoloniale Entwicklungspolitik vermittelt letztlich auch auf gesellschaftlicher Ebene eine »imperiale Lebensweise«⁷⁹. Diese geht aus einer ökologischen Übernutzung der Erde zu Gunsten der Wohlstandssteigerung hervor, wovon »insbesondere die Vermögenden und Eigentümer der Produktionsmittel in den kapitalistischen Zentren, später dann auch große Teile der Lohnabhängigen [...] von einer schmalen Elite bis zu den Mittelklassen«⁸⁰ im Norden und Süden profitieren. Krisen, die aus der Lebensweise nach industriell-kapitalistischem Vorbild resultieren, werden ausgelagert. Die Kehrseite

77 Brand/Schmalz, Ungleichzeitige Wachstumsdynamiken, 92.

78 Dodt/Ebert, Anhörung in Brasilien.

79 Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise.

80 Ebd., 52.

der imperialen Lebensweise gipfelt in der Zerstörung von Lebensräumen, funktionierenden Subsistenzwirtschaften, Solidarstrukturen, sozialem Zusammenhalt, kulturellen Traditionen und lokalem Wissen. Auch die Sustainable Development Goals haben weder den Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß der Industriegesellschaften noch die auf Überraschung menschlicher Arbeitskraft beruhende Reproduktionsweise des Kapitalismus eingedämmt. Viel eher tragen sie die Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise weiter mit.

4. Was tun? Alternativen

Im Zuge des Vorrückens von Global Governance-Debatten und staatlicher Versuche der Umstrukturierung von Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik, ist eine wachsende Einsicht über die Notwendigkeit struktureller Bearbeitung von Ungleichheiten zu beobachten. Dies kann zunächst als positive Transformation des imperialen und neokolonialen Ansatzes der Entwicklungspolitik bewertet werden. Allerdings zeigt eine Analyse der deutschen Entwicklungszusammenarbeit⁸¹, dass die Entfaltung eines emanzipatorischen Effektes der Umfunktionierung von Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik, von systeminhärenten Grenzen eingedämmt wird. Ausschlaggebend ist die fortwährende Orientierung an nationalen Eigeninteressen, die Hegemonie des Neoliberalismus sowie die Einflussmöglichkeiten großer Wirtschaftsakteure auf den Bereich der Entwicklungspolitik.⁸²

Eine tatsächlich progressive Alternative wäre eine Politik, die die imperiale Lebensweise zurückdrängt, indem sie eine emanzipatorische Agenda der sozial-ökologischen Transformation verfolgt, also eine die auf die Verbesserungen von Lebensbedingungen in sogenannten Entwicklungsländern abzielt und dabei zur Selbstbefreiung der Unterdrückten führt. Aufgabe eines solchen politischen Reformprojektes wären Forderungen nach einer Umgestaltung weltwirtschaftlicher

81 Ziai, Globale Strukturpolitik.

82 Ebd., 250.

Strukturen zu stellen, umverteilende Eingriffe in den Marktmechanismus zu ermöglichen sowie sich vom eurozentrischen Entwicklungsdiskurs zu lösen und mit Diskursen der Solidarität und Gerechtigkeit zu verknüpfen. Ob strukturelle Reformen jener Art innerhalb des kapitalistischen Systems möglich sind, wird je nach wissenschaftlicher Perspektive unterschiedlich bewertet.

Neben politischen Reformen bedarf es jedoch auch radikaler zivilgesellschaftlicher Bewegungen, die auf die Schaffung einer solidarischen Lebensweise durch die Wiederaneignung der »Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen«⁸³, und somit »die Wiederaneignung der Politik (gegenüber dem Staat), die Wiederaneignung der Wirtschaft (gegenüber dem Markt und der Marktlogik) und die Wiederaneignung des Wissens (gegenüber der etablierten Wissenschaft)«⁸⁴ abzielen.

Ein Vorzeigeexemplar für einen zivilgesellschaftlichen Kampf um ein solidarisches Leben mit emanzipatorischer Wirkkraft, die sich gezielt gegen die imperiale und neokoloniale Logik der internationalen Zusammenarbeit richtet, stellt der Aufstand der Zapatistas in Mexiko dar. Am 01. Januar 1994 begann der bewaffnete Kampf der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) in Chiapas als Antwort auf den Beitritt Mexikos in das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA). Die neoliberalen Einbindung Mexikos in den kapitalistischen Welthandel, die dadurch ausgelöste Privatisierung von kommunalen Landflächen⁸⁵ und zuvor öffentlicher Sektoren – wie Ge-

83 Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise, 163.

84 Ziai, Entwicklung als Ideologie, 192.

85 Die Landfrage in Mexiko ist ein historisch gewachsener Konflikt. Insbesondere die Geschichte indigener Bauern ist dadurch geprägt. Der Streit um Landrechte führte Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem landesweiten zivilgesellschaftlichen Aufstand und zum Ausbruch eines siebenjährigen Bürgerkriegs (1910–1917), welcher letztlich in der mexikanischen Revolution gipfelte. Auslöser war die ungerechte Verteilung von Land. Die Revolution erreichte eine Limitierung des sich zu dem Zeitpunkt ausbreitenden Agrar-Kapitalismus und der damit einhergehenden Landkonflikte. Trotz der darauffolgenden konstitutionellen Anerkennung indigener Landrechte, finden mexikanische Regierungsbehörden immer wieder Schlupflöcher, um diese zu umgehen und Landnut-

sundheit, Bildung oder Energie – sowie die patriarchal und rassistisch gerechtfertigte Ausbeutung der indigenen und ländlichen Bevölkerung Mexikos, sind zentrale Punkte, gegen die sich die Auflehnung der Zapatistas richtet.

Die Bewegung bedrängte das staatliche Gewaltmonopol, und staatliche Akteure werden seither in den Verwaltungszentren der Zapatistas nicht mehr toleriert. Mittels autonomer Selbstverwaltung arbeiten die Zapatistas darauf hin, sich schrittweise von staatlichen Strukturen zu lösen und basisdemokratisch die Teilhabe aller Bewohner*innen der zapatistischen Gebiete an Entscheidungsfindungsprozessen zu ermöglichen. Angestrebt ist die Etablierung alternativer Strukturen, die den Schutz des kollektiven Gemeinwohls und eines solidarischen Lebens in den Mittelpunkt stellen. Es wird stets am Ausbau eigener Bildungs- und Gesundheitssysteme, der ökonomischen Autonomisierung von kapitalistischen Produktionsweisen durch die Schaffung eigener Wirtschaftsstrukturen, mittels kollektiver Produktion und der Erschließung kollektiver Einnahmequellen gearbeitet.

Neben der existentiellen Grundsicherung versteht sich die Rebellion der Zapatistas als dekoloniale Praxis, die auf grundlegende epistemische Veränderungen der Gesellschaft und ihre Art des Denkens abzielt. Durch regelmäßige Treffen aller Aktivist*innen, öffentliche Veranstaltungen, der Publikation kollektiver Positionspapiere im Internet etc. schaffen sie Plattformen für eigene Diskurse, in denen sie das eurozentristische Wissen und den Modernisierungs- und Fortschrittsglauben in Frage stellen und eigene epistemologische Alternativen für progressive Gesellschaftstransformationen erarbeiten. Zugleich weisen die Zapatistas darauf hin, dass einzelne Kämpfe in unterschiedlichen Teilen der Welt keine langfristige Wirkung haben, wenn sie sich nicht miteinander verbinden, um »gemeinsam an Alternativen zur imperialen Lebensweise [zu] arbeiten«⁸⁶. In einer globalisierten Welt müssen auch Widerstände und Alternativen zum kapitalistischen Entwicklungsmodell glo-

zungskonzessionen an private Unternehmen zu vergeben – Vergara-Camus, Legacy of social conflicts.

86 Brand/Wissen, Imperiale Lebensweise, 182.

balisiert werden. Mit alldem setzt die zapatistische Rebellion das Postulat der Wiederaneignung von Wirtschaft, Politik und Wissen des Post-Development⁸⁷ in die Praxis um. Ähnliches gilt für den Demokratischen Konföderalismus in Rojava. Auf lokaler Ebene finden sich zahllose Alternativen⁸⁸, die in unterschiedlichsten Weisen zeigen: eine andere Welt ist möglich.

Literatur

- Anlauf, Axel/Schmalz, Stefan, Globalisierung und Ungleichheit, in: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hg.), *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch*, Wien 2019, 189–208.
- Bendix, Daniel, *Global Development and Colonial Power – German Development Policy at Home and Abroad*, London/New York 2018, DOI 10.31244/zep.2019.02.11.
- Brand, Ulrich/Schmalz, Stefan, Ungleicheitige Wachstumsdynamiken in Nord und Süd: Imperiale Lebensweise und sozial-ökologische Widersprüche, in: AK Postwachstum (Hg.), *Wachstum, Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, Frankfurt a.M. 2016, 91–114.
- /Wissen, Markus, *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München 2017.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Geschichte des BMZ, o.A., <https://www.bmz.de/de/ministerium/geschichte> (abgerufen am 13.02.2023).
- Büschel, Hubertus, Geschichte der Entwicklungspolitik, in: Docupedia-Zeitgeschichte 2010, https://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik (abgerufen am 13.02.2023).
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo, *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M. 1976.

87 Gilgenbach/Moser, Lieber autonom als entwickelt, 23.

88 Kothari, From colonial administration to development studies.

- Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie – Eine kritische Einführung, Bielefeld 2005.
- Chancel, L./Piketty, T./Saez, E./Zucman, G. et al., Bericht zur weltweiten Ungleichheit, in: World Inequality Lab 2022, https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf (abgerufen am 23.02.2023).
- Cooper, Frederick/Packard, Randall, Introduction, in: dies. (Hg.), International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge, Berkeley 1997, 1–41.
- Denk, Albert, Dekolonialität – Eine Leerstelle in den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, in: Schöneberg, Julia/Ziai, Aram (Hg.), Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen: AkteurInnen, Institutionen, Praxis, Baden-Baden 2021, 59–80.
- Dodt, Stefanie/Ebert, Matthias, Anhörung in Brasilien. VW und der Vorwurf der Sklaverei, Tagesschau 29.09.2022, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-vw-suedamerika-sklaufenfarm-101.html> (abgerufen am 13.02.2022).
- Eckert, Andreas, Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2015), 3–8, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2015-07-09_online.pdf.
- Eriksson Baaz, Maria, The Paternalism of Partnership – A postcolonial reading of identity in development aid, London 2005.
- Escobar, Arturo, Beyond the Third World: Imperial globality, global coloniality and anti-globalisation social movements, in: Third World Quarterly 25/1 (2004), 207–230, DOI 10.1080/0143659042000185417.
- , Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World, Princeton 1995, DOI 10.1515/9781400839926.
- Esteva, Gustavo, Fiesta! Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, Frankfurt a.M. 1995.
- Fanon, Frantz, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a.M. 2017 (1961).
- Ferguson, James, The Anti-Politics Machine. »Development«, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho, Minneapolis 1994 (1990).
- Fischer, Karin, (2020). Dependenz trifft Warenketten. Zur Überausbeutung von Arbeit im globalen Süden, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialforschung 53/1, 1–20.

- tische Sozialwissenschaft, 198 (2020), 33–51. <https://doi.org/10.3238/7/prokla.v50i198.1860>.
- , Entwicklung im Neoliberalismus, in: Fischer, Karin/Hauck, Gerhard/Boatca, Manuela (Hg.), *Handbuch Entwicklungsforschung*, Wiesbaden 2021, 1–13, DOI 10.1007/978-3-658-05675-9_7-2.
- Foucault, Michel, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M. 1981 (1969).
- Frank, Andre Gunder, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M. 1969.
- Gilgenbach, Dominik/Moser, Bettina, Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development?, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 28 (2012), 8–29.
- Harman, Chris, *Imperialismus. Vom Kolonialismus bis zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 2003.
- Hauck, Gerhard, Marxistische Entwicklungstheorie, in: Boatca, Manuela/Fischer, Karin/Hauck, Gerhard (Hg.), *Handbuch Entwicklungsforschung*, Wiesbaden 2015, 15–26, DOI 10.1007/978-3-658-05675-9_3-1.
- Hauff, Michael, *Nachhaltige Entwicklungspolitik*, München 2019.
- Jessop, Bob, The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas, in: *Journal of the Hellenic Diaspora* 25 (1999), 41–77.
- Kerner, Ina, Feminismus. Entwicklungszusammenarbeit und postkoloniale Kritik: eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes, Hamburg 1999.
- , Zur Kolonialität der liberalen Demokratie, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 12 (2021), 182–199, DOI 10.3224/zpth.v12i2.03.
- Kothari, Uma, From colonial administration to development studies: A post-colonial critique of the history of development studies, in: dies. (Hg.), *A Radical History of Development Studies. Individuals, Institutions and Ideologies*, London 2005, 47–66.
- Kuhn, Thomas, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, zweite revidierte und um das Postskriptum von 1969 ergänzte Auflage, Frankfurt a.M. 1976 (1962).
- Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* Erster Band. Marx und Engels Werke Bd. 23, Dietz 1986 (1967).

- Maul, Daniel, Von ›technischer Hilfe‹ zu ›basic needs‹: Die ILO als Entwicklungsagentur im Nord-Süd-Konflikt, in: Fiebrig, Steffen/ Dinkel, Jürgen/Reichherzer, Frank (Hg.), Nord/Süd: Perspektiven auf eine globale Konstellation, Boston 2020, 45–64, DOI 10.1515/9783110682625-202.
- Messner, Dirk, Globalisierung gestalten: Neue Anforderungen an die Entwicklungs- und Außenpolitik, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik. Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums der Heinrich-Böll-Stiftung am 19./20. Mai 2000, Berlin 2001, 30–37.
- Ndlovu-Gatsheni, Sabelo J., Coloniality of Power in Development Studies and the Impact of Global Imperial Designs in Africa, in: Australasian Review of African Studies 33 (2013), 48–73.
- OXFAM, Menschenrechtsverletzungen für Profite deutscher Konzerne, o.A., <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/menschenrecht-sverletzungen-fuer-profite> (abgerufen am 13.02.2023).
- Quintero, Pablo, Entwicklung und Kolonialität, in: Quintero, Pablo/ Garbe, Sebastian (Hg.), Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: Zwischen Theorie und Praxis, Münster 2013, 93–114.
- , Entwicklung und Kolonialität, in: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg.), Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen, Wien 2016, 360–382.
- /Garbe, Sebastian (Hg.), Kolonialität der Macht – De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis, Münster 2013.
- Rahnema, Majid/Bawtree, Victoria, The Post-Development Reader, London 1997.
- Ruppert, Uta, Nicht visionär, aber passabel: Globale Strukturpolitik als Handlungsrahmen für Entwicklungspolitik, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik. Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums der Heinrich-Böll-Stiftung am 19./20. Mai 2000, Berlin 2001, 39–46.
- Sachs, Wolfgang, Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Hamburg 1993.
- Schmitt, Manuel/Hauschild, Tobias, Umsteuern für soziale Gerechtigkeit!, Oxfam Deutschland e.V. 2023, <https://www.oxfam.de/system/>

- files/documents/oxfam_factsheet_davos-2023_umsteuern.pdf (abgerufen am 13.02.2023).
- Schöneberg, Julia/Ziai, Aram (Hg.), Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen: AkteurInnen, Institutionen, Praxis, Baden-Baden 2021, DOI 10.5771/978384529735 4.
- The World Bank, Trade. Overview, The World Bank Group 2022, <https://www.worldbank.org/en/topic/trade/overview> (abgerufen am 13.02.2023).
- Truman, Harry, Inaugural Address, Harry S. Truman Library & Museum 1949, <https://www.trumanlibrary.gov/library/public-papers/19/inaugural-address> (abgerufen am 13.02.2023).
- Tully, James, Politische Philosophie als kritische Praxis, Frankfurt a.M./ New York 2009.
- USAID, USAID History. Celebrationg Sixty Year of Progress, US Government o.A., <https://www.usaid.gov/about-us/usaid-history> (abgerufen am 13.02.2023).
- Vergara-Camus, Leandro, The legacy of social conflicts over property rights in rural Brazil and Mexico: Current land struggles in historical perspective, in: The Journal of Peasant Studies, 39 2012, 1133–1158, DOI 10.1080/03066150.2011.653345.
- Wagner, Léonie Jana, Menschenrechte in der Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2017, DOI 10.1007/978-3-658-16880-3.
- Wallerstein, Immanuel, The modern world-system Vol 1: Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century, New York 1974.
- Ziai, Aram, Development Discourse and Global History. From Colonialism to the Sustainable Development Goals, London 2016.
- , Einleitung: Unsere Farm in Zhengistan. Zur Notwendigkeit postkolonialer Perspektiven in der Politikwissenschaft, in: Ziai, Aram (Hg.), Postkoloniale Politikwissenschaft: Theoretische und empirische Zugänge, Bielefeld 2016, DOI 10.1515/9783839432310-002.
- , Entwicklung als Ideologie? das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik: Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses, Hamburg 2004.

- , Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung, Münster 2007.
- , Zwischen Global Governance und Post-Development: Entwicklungs-
politik aus diskursanalytischer Perspektive, Münster 2006.